



Kopf an Kopf: Gabi Burgstaller (SPÖ), Haslauer (ÖVP). FOTO: APA

Offene Wahl in Salzburg

SALZBURG. Die Umfragen zur Salzburger Landtagswahl am kommenden Sonntag zeigen ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen SPÖ und ÖVP. Beide Parteien liegen laut Meinungsforschern bei 30 Prozent. Auch um den dritten Platz zwischen FPÖ und Grünen ist noch alles offen. Ziemlich gesichert scheint, dass das Team Stronach die Fünf-Prozent-Hürde für den Einzug in den Landtag nimmt.

NEOS-Kandidaten stehen fest: Locker rechnet nicht mit Mandat

WIEN. (VN-joh) Die neue Partei NEOS hat ihre Kandidatenliste für die Nationalratswahlen erstellt. An der Spitze steht der Bundesvorsitzende Matthias Strolz, ein gebürtiger Vorarlberger. Auf Platz zwei folgt die Chefin des Kooperationspartners LiF, Angelika Mlinar. Mit dem zwölften Listenplatz muss sich der Dornbirner Gerald Locker zufriedengeben. Seine Hoffnungen, mit den NEOS in den Nationalrat zu kommen, ha-

ben sich damit zerschlagen: „Ich persönlich rechne nicht damit“, sagte der 39-Jährige gestern im VN-Gespräch.

Aus der offenen Vorwahl, an der sich gegen zehn Euro Unkostenbeitrag jeder Bürger beteiligen konnte, war Locker noch als Nummer vier hervorgegangen. Vorstand und Mitglieder, die dann auch noch mitredeten, setzten ihn aber zurück: „Der Prozess ist so abgelaufen“, meint Locker nüchtern.



Von Platz vier auf Platz zwölf gerutscht: Locker. FOTO: VN/STURN

Strafrecht ohne „Po-Grapschen“

WIEN. Po-Grapschen wird auch künftig nicht strafrechtlich verfolgt. Eine Regierungsvorlage für Änderungen im Sexualstrafrecht soll kommende Woche ohne ein entsprechendes neues Delikt den Ministerrat passieren. Die ÖVP hat sich damit gegen die SPÖ dahingesetzt. Aus dem Büro von Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek hieß es gestern dazu, man habe die Novelle nicht als Ganzes gefährden wollen.

ÖVP lockt mit Entlastung

Steuerreform: 2,5 Milliarden Euro für die Familien. Zeitpunkt jedoch offen.

WIEN. (VN-joh) Die ÖVP versucht im Hinblick auf die Nationalratswahl im September ihr Profil als Familienpartei zu schärfen. Vizekanzler und Bundesobmann Michael Spindelegger, Finanzministerin Maria Fekter und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner präsentierten gestern auf einer Pressekonferenz ein Entlastungspaket für Frauen und Männer mit Kindern. Allein die steuerliche Entlastung soll 2,5 Milliarden Euro ausmachen. Vorgesehen ist ein „Kinder- und Jugendfreibetrag“ in Höhe von 3500 Euro pro Jahr und berufstätigem Elternteil; in Summe könnten also bis zu 7000 Euro geltend gemacht werden.

Zur Frage nach dem Inkrafttreten dieser Maßnahme hielt sich Finanzministerin Fekter bedeckt: „Wenn die wirtschaftliche Entwicklung so weitergeht, wir Wachstum und Beschäftigung haben, werden wir das in Angriff nehmen können, wenn wir den nötigen Spielraum haben.“ Viel konkreter wurde sie auch auf Nachfrage nicht:



ÖVP-Chef Spindelegger mit Kindern: Neben steuerlicher Entlastung auch höhere Familienbeihilfe. FOTO: APA

Der Budgetsanierungspfad sollte nicht verlassen werden, sagte sie beispielsweise. Das bedeutet, dass erst 2017 ein Überschuss und damit möglicherweise ein gewisser Spielraum vorhanden wäre.

Erhöhung alle zwei Jahre
Daneben möchte die ÖVP die Familienbeihilfe einfacher gestalten. So soll sie nur noch zwölf Mal jährlich ausbezahlt, aber erhöht werden: Für Kin-

der bis zum Alter von neun Jahren soll sie zunächst 180 Euro betragen, von zehn bis 18 Jahren 200 und darüber 220 Euro. In weiterer Folge solle sie alle zwei Jahre angehoben werden. Niemand würde verlieren, so Mitterlehner, im Durchschnitt würde vielmehr ein Plus von sechs Prozent herauskommen. Diese Maßnahme würde 200 Millionen Euro kosten und könnte laut Mitterlehner 2014 kommen.

Dazu müsste allerdings die SPÖ mitspielen. Was sie nicht tut: „Mit dem heute präsentierten Modell hält die ÖVP den Familien mal wieder die Karotte vor die Nase“, so Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ). Ihre Partei würde dem Ausbau der Kinderbetreuung mehr Augenmerk schenken. Kritik an der ÖVP kam gestern auch aus den Reihen der Oppositionsparteien.

Land hat noch viel Geld für die Ganztagschule

WIEN. (VN-joh) Während Bund und Länder darüber verhandeln, die Förderung der Ganztagschule zu verdoppeln, stellen die Grünen fest, dass in Vorarlberg nicht einmal die vorhandenen Mittel ausgeschöpft werden. „Viel Geld bleibt liegen“, so die Bildungssprecherin der Landtagsfraktion, Katharina Wiesflecker. Landesrätin Greti Schmid (ÖVP) betätigt, dass bisher nur ein Teil der Förderung in Anspruch genommen worden ist. Daher sei eine Informationsoffensive geplant.

Millionenbeträge verfügbar

Der Bund stellt den Ländern seit drei Jahren Geld für den Ausbau der Ganztagschule zur Verfügung. Pro Schülergruppe, die bis 16 Uhr betreut wird, gibt es einmalig 50.000 Euro für die Infrastruktur und 8000 Euro jährlich für das notwendige Personal.

Die Landtagsabgeordnete Wiesflecker hat den Verlauf der Initiative in Vorarlberg über parlamentarische Anfragen recherchiert. 2011 und 2012 seien in Summe nur 900.000 der insgesamt zur Verfügung stehenden 1,9 Millionen Euro abgeholt worden. Beim Personalbereich seien es nur rund 540.000

„Von 3,4 Millionen Euro wurden nur rund 540.000 abgeholt.“

KATHARINA WIESFLECKER

der 3,4 Millionen Euro gewesen. „Das sind knapp 16 Prozent“, so Wiesflecker. „Landeshauptmann Markus Wallner und die Landesrätin reden immer vom Ausbau im Sinne der Kinder und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, offensiv dahinter stehen sie aber ganz offensichtlich nicht. Sonst würden die Zahlen anders ausschauen.“

„Das ist ein Projekt, das im Schuljahr 2011/12 gestartet ist und erst anläuft“, erklärt Schmid. Im ersten Schuljahr seien für den Personalbereich, für den sie zuständig ist, exakt 522.000 Euro von Gemeinden und Schulerhalten abgeholt worden: „Wir haben noch Potenziale, Geld steht noch zur Verfügung. Die gute Nachricht ist, dass es nicht verfällt, sondern bis 2014/15 mitgenommen werden kann.“ Damit es aber auch wirklich genutzt wird, sei eine Informationsinitiative von Land und Gemeindeverband geplant.

„Berlakovich für Bienensterben“

WIEN. Die Grünen haben vom Vorgehen von Umwelt- und Landwirtschaftsminister Nikolaus Berlakovich (ÖVP) in Sachen Bienensterben die Nase voll. „Aufgrund von Berlakovichs Einsatz für das Bienensterben“ werde man bei der nächsten Nationalratsitzung (22./23. Mai) einen Misstrauensantrag gegen den Minister einbringen, kündigte Grünen-Chefin Eva Glawischnig gestern an. Grund dafür ist, dass Berlakovich auf EU-Ebene gegen das Verbot von Pestiziden, die für das Bienensterben verantwortlich gemacht werden, gestimmt hat.

Ökosystem in Gefahr

Unverständnis für Berlakovich demonstriert auch der langjährige Koordinator der ARGE Bienenforschung an der Uni für Bodenkultur Wien, Stefan Mandl: Wissenschaftlich gebe es überhaupt keinen Zweifel, die Giftigkeit von Pestiziden mit Neonicotinoiden sei längst bewiesen. Laut Mandl existierten rund 50 Abhandlungen international renommierter Forscher, die die Gefährlichkeit von Neonicotinoiden bestätigen. Und zwar beileibe nicht nur für Bienen: Wo diese Pestizide zum Einsatz kommen, sei das gesamte Ökosystem in großer Gefahr.



90 Schülerinnen und Schüler aus Vorarlberg bereiteten sich schon gestern mit Bundesratspräsident Mayer (M.) auf den heutigen Plenartag vor.

FOTO: PARLAMENTSDIREKTION/MIKE RANZ

Schüler aus Vorarlberg erobern das Parlament

Drei Schulklassen aus dem Land simulieren im Hohen Haus den Gesetzgebungsprozess.

WIEN. (VN-ebi) 90 Schülerinnen und Schüler aus Vorarlberg dürfen heute für einen Tag die Rolle der Nationalratsabgeordneten im Parlament in Wien übernehmen: Ob in Klubzusammen für die eigene Position zu werben, Kompromisse zu suchen oder letztendlich im Plenum über eine Gesetzesvorlage abzustimmen – die drei Schulklassen werden am „Originalschauplatz“ erleben, wie Gesetzgebung funktioniert und politische Entscheidungen zustande kommen. „Wir werden über die No-

tegeung diskutieren und darüber sprechen, was wir verbessern können“, erklärt Julia Schelling (14), Schülerin der 1C-Klasse der HLW Rankweil. Gemeinsam mit ihren Klassenkolleginnen hat sie sich für die Teilnahme am Jugendparlament beworben. Die 1C-Klasse schaffte es mit einem selbst komponierten Lied in die Top 3 der originellsten und kreativsten Bewerbungsbeiträge und konnte damit auf Einladung von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer nach Wien reisen.

Auch qualifiziert haben sich die Klasse J der Polytechnischen Schule Dornbirn und die 5AB des Bundesgymnasiums Lustenau.

„Es ist gut, dass wir unsere Meinung sagen dürfen“, freut sich die 15-jährige HLW-Schülerin Vanessa Forster. „Sonst kommen wir eh nie zu Wort“, ergänzt Schelling. Auf die Frage, was Demokratie für sie bedeute, antworteten beide, dass es wichtig sei, einander zu respektieren und die eigene Meinung auszudrücken.

Schüler im Ausschuss

Gestern wussten sie noch nicht, was heute alles auf sie zukommen wird. Gemeinsam mit ihren Lehrern bereiten sie sich aber schon einmal auf den bevorstehenden Tag vor und beschäftigen sich mit der aktuellen Diskussion rund um das Thema Nötegeung. Heute werden sie

nach Fraktionssitzungen und Ausschussberatungen versuchen, auf eine Position zu kommen, um schließlich in einer einstündigen Plenarsitzung darüber abzustimmen. Fünf Abgeordnete – Elmar Mayer (SPÖ), Christine Marek (ÖVP), Mathias Venier (FPÖ), Harald Walsler (Grüne) und Christoph Hagen (Team Stronach) – stehen den Jugendlichen dabei den ganzen Tag zur Seite, leisten Hilfe und unterstützen sie zum Beispiel

beim Schreiben ihrer Redebeiträge.

Diskussionen und Impulse

Gestern wurden die Schulklassen bereits von Bundesratspräsident Edgar Mayer zum Jugendparlament empfangen. „Es ist eine wichtige Einrichtung, weil die Schüler aus nächster Nähe mitkommen, wie das Parlament funktioniert. Sie erleben die Abläufe, weil sie die Themen selbst erarbeiten und im Plenum ihr Statement abgeben“, erklärt Mayer im VN-Gespräch. Er hofft auf neue Impulse von den Jugendlichen: „Sie müssen uns sagen, was ihnen wichtig ist und was sie unter anderem von der direkten Demokratie erwarten.“

„Es ist gut, dass wir im Parlament unsere Meinung sagen dürfen.“

VANESSA FORSTER, 15